



Forderungspapier der Landesarmutskonferenz Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026

Impressum:

Barbara Höckmann
Vorsitzende des Sprecher*innenrates der
Landesarmutskonferenz Sachsen-Anhalt
team@armutskonferenz.org
www.armutskonferenz.org

Weitere Mitglieder des Sprecher*innenrates:

- Martin Mandel, DGB Sachsen-Anhalt
- René Maresch, PARITÄTISCHER Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.
- Mamad Mohamad, Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V.
- Susan Vogel, Hochschule Magdeburg-Stendal, Fachgruppe Soziale Arbeit



GEMEINSAM GEGEN ARMUT

Für ein sozial gerechtes Sachsen-Anhalt

Die Landesarmutskonferenz Sachsen-Anhalt ist ein Forum von Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege, Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen, Initiativen, Selbstvertretungen von Armut betroffener Menschen und wissenschaftlichen Institutionen in Sachsen-Anhalt zur Vernetzung der Aktivitäten gegen Armut. Gemeinsam haben wir einen Maßnahmenvorschläge für ein sozial gerechteres Sachsen-Anhalt erarbeitet.

Am 6. September 2026 wählen die Sachsen-Anhalter*innen einen neuen Landtag für die folgenden fünf Jahre. Das gesamte Jahr 2026 wird von einem intensiven Wahlkampf, zugespitzten und populistischen Debatten geprägt sein. Leidtragende dieser meist unsachlich geführten Debatten sind fast ausschließlich vulnerable Gruppen – erwerbslose Menschen, Menschen in prekären Beschäftigungen oder besonderen Lebenslagen, Migrant*innen, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Wir erleben dies ganz besonders in der immer wiederkehrenden Debatte um das Bürgergeld. Hier werden Menschen immer wieder zum Gegenstand populistischer Hetze gemacht.

Wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit sind an Fragen der Verteilung von Einkommen und Vermögen geknüpft. Sie hängen davon ab, welche gesellschaftlichen Prioritäten gesetzt werden, wenn es um die Verteilung von Mitteln im Haushalt des Bundes, der Länder, der Landkreise und Kommunen geht. Sie hängen davon ab, welche konkreten Angebote und Maßnahmen vor Ort in Kommunen, Quartieren und im solidarischen Miteinander umgesetzt werden. Wenn wir über Maßnahmen der Armutsvermeidung und Armutsbekämpfung sprechen, müssen wir uns also der Realität stellen, dass viele Maßnahmen nicht in den Kompetenzbereich der Länder fallen. Vielmehr braucht es ein verantwortungsbewusstes Zusammenwirken aller Akteure aus kommunaler, Landes-, Bundes- und zivilgesellschaftlicher Ebene.

Als Landesarmutskonferenz wollen wir sachliche, konstruktive Ansätze zur Vermeidung und Überwindung von Armut auf Landesebene aufzeigen und anstoßen. Maßnahmen, die allen Menschen in Sachsen-Anhalt zugutekommen. Dafür arbeiten wir innerhalb der Landesarmutskonferenz in Denkgruppen, die sich mit den Themen Allgemeine unabhängige Sozialberatung, Kinder- und Jugendarmut, Einkommens- und Altersarmut sowie Armuts- und Reichtumsberichterstattung beschäftigen.

Auf den folgenden Seiten sind unsere Maßnahmenvorschläge zur Vermeidung und Überwindung von Armut auf Landesebene aufgeführt. Sie sind das Ergebnis der intensiven Arbeit in unseren Denkgruppen. Sie sind als ein Gesprächsangebot an handelnde Personen in den demokratischen Parteien zu verstehen.





SOZIALE SICHERHEIT IN SACHSEN-ANHALT STÄRKEN

Allgemeine unabhängige Sozialberatung flächendeckend aufbauen

Unser Sozialstaat verspricht viel: Unterstützung für Familien, Erwerbslose, Menschen mit geringem Einkommen oder Pflegebedürftige. Doch was auf dem Papier gut klingt, scheitert im Alltag häufig an der Realität. Der Zugang zu Leistungen ist für viele ein Spießrutenlauf: komplizierte Formulare, unverständliche Bescheide, lange Wartezeiten, Sprachbarrieren. Angst vor Behörden und Scham belasten insbesondere Menschen mit Armutserfahrung oder unsicherem Aufenthaltsstatus. Trotz Rechtsanspruch verzichten viele daher wissentlich oder unwissentlich, freiwillig oder unfreiwillig auf Leistungen, die ihnen zustehen. Die Folge: Menschen verzichten auf dringend benötigte Hilfe – oft mit dramatischen Folgen für ihre Existenz und soziale Teilhabe.

Es gibt bereits eine Vielzahl spezialisierter Beratungsstellen, die vielen Menschen in schwierigen Lebenslagen von Schwangerschaftskonflikten über Schulden, Sucht bis hin zu Erziehungsthemen Halt geben. Diese bieten wertvolle Unterstützung, oft sogar präventiv. Wer diese Hilfe erfährt, erlebt häufig echte Entlastung und eine spürbare Verbesserung der Lebenssituation. Doch: Nicht alle Menschen wissen, dass ihnen Unterstützung zusteht und wo sie diese bekommen können.

Was dagegen hilft, sind Orte und Angebote, die nah an den Menschen sind, die zuhören, begleiten und Orientierung durch den „Dschungel der Zuständigkeiten“ aufzeigen. Genau hier setzt die Allgemeine unabhängige Sozialberatung (AuSb) an. Die Landesarmutskonferenz Sachsen-Anhalt hat ein Rahmenkonzept entwickelt. Erste Piloten sollen 2026 in zwei Landkreisen starten.

Wir wollen ein Sachsen-Anhalt, in dem jede*r sicher leben und selbstbestimmt handeln kann – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, Einkommen oder Lebenslage.

-  Wo Menschen ihre Rechte kennen, verstehen und durchsetzen können – ohne Angst vor Behörden oder gesellschaftlicher Abwertung.
-  Wo soziale Teilhabe nicht vom Bildungsgrad oder Zufall abhängt.
-  Wo niemand mit Anträgen, Ablehnungen oder der Unsicherheit, ob „man überhaupt etwas bekommt“ allein gelassen wird.
-  Wo Beratung kein Gnadenakt ist, sondern ein demokratisches Grundrecht – flächendeckend, respektvoll und wirksam.

Die Allgemeine unabhängige Sozialberatung (AuSb) macht genau das möglich. Sie orientiert sich an der Lebensrealität der Menschen, ist niederschwellig, parteilich im Sinne der Ratsuchenden, sprachlich verständlich und dort präsent, wo Menschen sind – sei es in Tafeln, Sozialkaufhäusern oder online. Sie setzt dort an, wo Notlagen noch verhindert werden können.



Was ist jetzt zu tun?

Flächendeckender Aufbau Allgemeiner unabhängiger Sozialberatungsstellen (AuSb)

-  In jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt
-  dauerhaft finanziertes Fachpersonal, unterstützt von qualifizierten Ehrenamtlichen

Landesweite Koordinierungsstelle

-  Zur Qualitätssicherung, Vernetzung, Schulung, Fachberatung und gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit

Verdeckte Armut bekämpfen

-  Gezielte Aufklärung, Begleitung und Unterstützung beim Zugang zu Leistungen
-  Sozialpolitik wirkt nur, wenn Menschen ihre Rechte auch nutzen können

Wenn Menschen durch das Raster fallen, wächst Ungleichheit und das Vertrauen in gesellschaftlichen Zusammenhalt, Politik und staatliche Institutionen schwindet. Eine starke Allgemeine unabhängige Sozialberatung ist deshalb mehr als nur ein Service. Sie ist ein Garant für Gerechtigkeit, Teilhabe und gelebte Demokratie.

Für ein solidarisches Sachsen-Anhalt. Für eine Sozialpolitik, die niemanden zurücklässt.

TEXTVORSCHLAG FÜR WAHLPROGRAMME

Wir stärken die soziale Sicherheit in Sachsen-Anhalt durch den flächendeckenden Aufbau Allgemeiner unabhängiger Sozialberatungsstellen. Sie geben Orientierung im Sozialleistungssystem, verhindern Notlagen frühzeitig und sichern Teilhabe für alle Menschen – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Lebenslage. Mit qualifiziertem Fachpersonal und einer landesweiten Koordinierungsstelle stärken wir soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Vertrauen in staatliche Institutionen.



INVESTIEREN STATT VERWALTEN

Von der Kita bis zur Schule – Kontinuitäten in der Sozialarbeit nachhaltig sichern

Unser Land hat ein starkes Netz aus engagierten Kita- und Schulsozialarbeiter*innen, die Kinder, Jugendliche und ihre Familien sowie andere Bezugspersonen im Alltag begleiten. Sie sind an vielen Kitas und Schulen Sachsen-Anhalts verlässliche Ansprechpartner*innen – in Krisen ebenso wie bei kleinen Sorgen zwischendurch. Durch ihr Engagement ist es gelungen, Unterstützungsangebote an Kitas und Schulen aufzubauen und dauerhaft in den Alltag zu integrieren. Hier entstehen Orte, an denen Kinder und Jugendliche erfahren: „Hier werde ich gesehen. Hier zählt meine Stimme. Hier bekomme ich Hilfe, wenn ich nicht weiterweiß.“

Die Zusammenarbeit im Netzwerk zwischen Kita/Schule, Jugendhilfe, Vereinen, Beratungsstellen und Eltern/Bezugspersonen sorgt dafür, dass Probleme früh erkannt werden und Hilfen Hand in Hand greifen. Das stärkt nicht nur einzelne Kinder/Jugendliche, sondern ganze Kita-/Schul- und Lebensgemeinschaften. Wird Familien und jungen Menschen Hilfe angeboten, bekommen sie diese Hilfen meist von mehreren Stellen. Mehrere Kinder- und Jugendhilfeleistungen und auch kommunale Ämter arbeiten von unterschiedlichen Stellen mit und für die Familie. Die Vielzahl von Ansprechpartner*innen überfordert viele Eltern/Erziehungsberechtigte.

Kommunale Präventionsketten können einen Rahmen schaffen, um das vielfältige Unterstützungsangebot öffentlicher und privater Träger besser zu verbinden. Sie tragen dazu bei, dass dieses Angebot über alle Altersgruppen und Lebensphasen hinweg aufeinander abgestimmt ist. Davon können insbesondere junge Menschen und Familien in Armutslagen profitieren.

Wir wollen ein Sachsen-Anhalt, in dem alle Kinder und Jugendlichen – egal wo sie leben, egal welche Startbedingungen sie haben – die gleichen Chancen auf Bildung, Teilhabe und ein gutes Leben haben.

Seit 2019 gibt erste Präventionskettenansätze und wirksame Erfahrungen im Landkreis Mansfeld-Südharz und zwei kreisfreien Städten. So haben beispielsweise Halle und Magdeburg Schritte für eine gute Vernetzung unternommen. In anderen Landkreisen werden Anstrengungen zur besseren Kommunikation verschiedener Fachbereiche untereinander getätigt. Mit den vielen Ansätzen zur Kita- und Schulsozialarbeit sowie dem ESF-Projekt Empowerment für Eltern unternimmt das Land Bemühungen, von Kitas und Schulen ausgehende, Netzwerke zu schaffen. Diese sind bislang jedoch wenig belastbar.

Deshalb braucht es flächendeckende netzwerkgestützte Kita- und Schulsozialarbeit als festen Bestandteil der Bildungs- und Jugendhilfestruktur – nicht als Projekt auf Zeit, sondern als kontinuierliches und verlässliches Unterstützungsangebot. Vernetzung im Sinne von Präventionsketten aufzubauen und zu etablieren ist ein Kraftakt. Angesichts der vielschichtigen Herausforderungen in der Kinder- und Jugendhilfe ist eine belastbare Vernetzung der unterschiedlichen Unterstützungs- und Hilfestrukturen aber unbedingt notwendig.



Was ist jetzt zu tun?

Dauerhafte Finanzierung sichern

-  Kita- und Schulsozialarbeit muss landesweit und gesetzlich abgesichert werden, unabhängig von Förderperioden oder EU-Mitteln
-  Es braucht ein Landesprogramm, das beim Aufbau von Präventionsketten unterstützt, das personelle und sachliche Mittel für Landkreise und kreisfreie Städte zur Verfügung stellt
-  Unterstützung schon begonnener Landesinitiativen (weitere Sicherung der § 23 – KiFöG – Stellen und Empowerment für Eltern).

Flächendeckender Zugang für alle Kitas und Schulen

-  Jede Kita und Schule, ob in der Stadt oder im ländlichen Raum, unabhängig von der Schulform, soll Zugang zu Kita- oder Schulsozialarbeit erhalten

Fachkräfte gewinnen und halten – gute Arbeit verdient gute Arbeitsbedingungen

-  faire Bezahlung
-  passender Betreuungsschlüssel
-  verlässliche Verträge
-  berufliche Entwicklungsmöglichkeiten

Kita- und Schulsozialarbeit sind keine „Zusatzleistungen“, sondern unverzichtbare Bestandteile sozialer Infrastruktur in Sachsen-Anhalt. Sie sorgen dafür, dass Kinder nicht verloren gehen, Familien entlastet werden und Kitas/Schulen zu Orten der Gemeinschaft werden. Wir wollen in jedem Landkreis für jedes Kind und jede Familie die bestmögliche, nachhaltige Unterstützung. Unterstützungsangebote, die ineinandergreifen, die aufeinander zurückgreifen, die keine Lücken lassen und die die Stärken von Kindern und Familien fördern.

TEXTVORSCHLAG FÜR WAHLPROGRAMME

Wir wollen Kita- und Schulsozialarbeit dauerhaft absichern – landesweit, gesetzlich verankert und unabhängig von Förderperioden oder EU-Mitteln.

Dazu schaffen wir ein Landesprogramm, das die Kommunen beim Aufbau von Präventionsketten unterstützt und die Zusammenarbeit von Kitas, Schulen, Jugendhilfe, Vereinen, Beratungsstellen und Eltern stärkt.

Wir setzen uns für bessere Rahmenbedingungen für Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe ein, das bedeutet faire Bezahlung, verlässliche Verträge, Entwicklungsperspektiven und einen Betreuungsschlüssel, der gute Arbeit ermöglicht.



ALTERSARMUT BEKÄMPFEN

Mit einem Durchschnittsalter von 47,9 Jahren gehört Sachsen-Anhalt zu den Bundesländern mit der ältesten Bevölkerung. Aktuell sind bereits rund 37 Prozent der Menschen über 60 Jahre alt. Doch trotz jahrzehntelanger Erwerbsbiografien blicken viele mit Sorge auf die wohlverdiente Rente. Überdurchschnittlich hohe Altersarmut, Pflegebedürftigkeit, Einsamkeit und mangelnde Teilhabemöglichkeiten bedrohen die Lebensqualität im Alter. Besonders betroffen sind Alleinlebende, Frauen, Menschen mit geringen Renten und Bewohner*innen ländlicher Regionen.

Es ist Aufgabe einer solidarischen Gesellschaft, dafür zu sorgen, dass alle Menschen in Sachsen-Anhalt, unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Wohnort, gut und würdevoll altern können. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören aus unserer Sicht das Herstellen von Rentengerechtigkeit, die Stärkung der Teilhabe von Senior*innen sowie die Sicherung bezahlbarer Pflege. Diese Maßnahmen greift auch der Neunte Altersbericht der Bundesregierung auf und nennt weitere Handlungsempfehlungen zur sozialen Lage älterer Menschen. Auch für die Länder stellt der Altersbericht Empfehlungen auf. Diese gilt es ernst zu nehmen und dringend in entsprechenden Maßnahmen umzusetzen.

Was ist jetzt zu tun?

Rentengerechtigkeit herstellen

Trotz jahrzehntelanger Erwerbsbiografien werden ostdeutsche Lebens- und Arbeitsleistungen im gesamtdeutschen Rentensystem bis heute unzureichend anerkannt. Der von der Bundesregierung im Jahr 2023 aufgelegte Härtefallfonds blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Die Möglichkeiten der Länder, die Bundesleistung zu verdoppeln, hat das Land Sachsen-Anhalt nicht wahrgenommen. Deshalb fordert die Landesarmutskonferenz einen **Gerechtigkeitsfonds zwischen Bund und Ländern**, der nicht nur einmalige Entschädigungen für Armutsrentner*innen vorsieht, sondern regelmäßige Ausgleichszahlungen an einen erweiterten Kreis ehemaliger DDR-Beschäftigter gewährt und die besondere Situation von in der DDR geschiedenen Frauen berücksichtigt.

Darüber hinaus gilt es, sich zukünftig für eine **gesetzliche Verankerung sowie Verlängerung der in der Rentenüberleitung eingeführten Höherwertung ostdeutscher Löhne** einzusetzen. Die Höherwertung soll zudem auf weitere Berufsgruppen ausgeweitet werden, um künftige Rentenlücken zu verhindern und Abwanderungstendenzen zu vermeiden.

Teilhabemöglichkeiten stärken

Die wachsende Altersarmut schränkt die Teilhabemöglichkeiten für viele Seniorinnen und Senioren in Sachsen-Anhalt stark ein. Besonders im ländlichen Raum verschärfen geringe Mobilität, unzureichende Infrastruktur, eingeschränkter Zugang zu medizinischer Versorgung und soziale Isolation die Situation zusätzlich. Um dem entgegenzuwirken, ist eine gezielte **landespolitische Strategie zur Stärkung sozialer Teilhabe im Alter** sowie eine **strategische Altenhilfeplanung** einschließlich finanzieller Sicherung erforderlich. Diese Maßnahmen müssen auf die Lebensrealität älterer Menschen in allen Regionen des Landes ausgerichtet sein und ihnen ein gutes und selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen.

Um die Lebensqualität älterer Menschen, insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen, zu sichern, braucht es den verlässlichen **Ausbau wohnortnaher Begegnungs-**



und Unterstützungsangebote. Auch niedrigschwellige haushaltsnahe Dienstleistungen, nachbarschaftliche Hilfen und Quartiersmanagement – organisiert durch soziale Träger, Vereine oder ehrenamtliche Netzwerke – müssen stärker und nachhaltig gefördert werden.

Zentrale Voraussetzung für soziale Teilhabe ist eine **bessere Mobilität im ländlichen Raum**. Erforderlich sind dichtere ÖPNV-Taktungen, Mobilitätszuschüsse sowie die Unterstützung ehrenamtlicher Fahrdienste. Ebenso wichtig ist die Stärkung lokaler Nahversorgungsstrukturen, um die Grundversorgung vor Ort langfristig zu sichern.

Darüber hinaus ist digitale Teilhabe zu ermöglichen – durch **barrierefreie Informationsangebote und leicht zugängliche Schulungen**, die älteren Menschen den Zugang zur digitalen Welt erleichtern. Auch die medizinische und pflegerische Versorgung muss wohnortnah gewährleistet sein, etwa durch Gesundheitszentren, mobile Dienste und sozialraumorientierte Angebote.

Schließlich braucht es mehr **niedrigschwellige und aufsuchende Pflege- und Sozialberatungsangebote** vor Ort. Sie sind entscheidend, um älteren Menschen den Zugang zu existenzsichernden Leistungen wie Grundsicherung, Wohngeld oder Pflegeleistungen zu erleichtern.

Pflegekosten reduzieren

Die kontinuierlich steigenden Kosten für mobile und stationäre Pflege bringen das Versorgungssystem an die Grenzen der Finanzierbarkeit. Der zu zahlende durchschnittliche monatliche Eigenanteil bei einem Aufenthalt in einem Pflegeheim liegt in Sachsen-Anhalt mittlerweile bei durchschnittlich 2.595 Euro. Da Einkommen und Ersparnis oftmals nicht ausreichen, um den Eigenanteil für die Pflege zu bezahlen, sind Pflegebedürftige immer häufiger auf Sozialhilfe angewiesen, um die auftretenden Kosten für den Eigenanteil zu stemmen. Der Eigenanteil wird u.a. durch leistungsferne Faktoren wie die Investitionskosten oder auch eine pauschale Ausbildungsumlage für Pflegekräfte bestimmt. Investitionskosten sind z. B. Kosten der Träger für notwendige Umbaumaßnahmen, Instandhaltung und Modernisierung oder für Brandschutzmaßnahmen in den Einrichtungen. Zum 1. Januar 2025 lagen die Investitionskosten bei durchschnittlich 327 Euro im Monat. Um Pflegebedürftige finanziell zu entlasten, sollte das Land Sachsen-Anhalt die **Investitionskosten übernehmen und die Ausbildungspauschalen aus dem Eigenanteil herauslösen**.

Darüber hinaus verzeichnet die Pflegeversicherung seit Jahren einen wachsenden Finanzierungsbedarf. Die zukünftige Landesregierung soll sich gegenüber dem Bund für eine grundlegende **Reform der Pflegeversicherung** im Sinne einer solidarischen Pflegevollversicherung stark machen, um die Kostenexplosion in der Pflege in den Griff zu bekommen.

Zudem gilt es, moderne Konzepte für eine mobilisierende Pflege, eine höhere Barrierefreiheit und mehr Angebote für altersgerechtes Wohnen zu fördern, damit Menschen so lange wie möglich selbstbestimmt und aktiv in den eigenen vier Wänden leben können. Auf diesem Weg können höhere Kosten für eine frühzeitige stationäre Heimunterbringung und intensivere medizinische Versorgung vermieden werden. Flankierend sind zielgerichtete Maßnahmen zur Entlastung pflegender Angehöriger, wie beispielsweise die Einführung einer steuerfinanzierten Lohnersatzleistung und die Freistellung anlog des Elterngeldes, erforderlich.



TEXTVORSCHLAG FÜR WAHLPROGRAMME

Rentengerechtigkeit herstellen

Um die Lebens- und Arbeitsleistungen ostdeutscher Beschäftigter im Rentensystem endlich gerecht anzuerkennen, setzen wir uns für einen dauerhaft ausgestatteten Gerechtigkeitsfonds von Bund und Ländern ein, der regelmäßige Ausgleichszahlungen an ehemalige DDR-Beschäftigte leistet und die besondere Situation von in der DDR geschiedenen Frauen berücksichtigt. Darüber hinaus wollen wir die gesetzliche Verankerung und Ausweitung der Höherwertung ostdeutscher Löhne vorantreiben, um Rentenlücken zu schließen und Abwanderung zu verhindern.

Teilhabemöglichkeiten stärken

Sachsen-Anhalt muss auf den steigenden Altersdurchschnitt seiner Bevölkerung antworten. Deshalb braucht es eine landespolitische Strategie zur sozialen Teilhabe im Alter, die vor allem den ländlichen Raum besonders in den Blick nimmt. Dafür wollen wir wohnortnahe Begegnungs- und Unterstützungsangebote sowie Nachbarschaftsnetzwerke und Quartiersinitiativen stärker zu fördern. Erforderlich ist ebenso die Verbesserung der Mobilität im ländlichen Raum, der Erhalt einer verlässlichen Nahversorgung und das Vereinfachen der digitalen Teilhabe. Zudem braucht es eine flächendeckende Absicherung der medizinischen Versorgung sowie niedrigschwellige und aufsuchende Pflege- und Sozialberatungsangebote vor Ort.

Pflegekosten reduzieren

Die hohen Eigenanteile in der Pflege treiben immer mehr Menschen in die Sozialhilfe. Das Land Sachsen-Anhalt soll deshalb die Investitionskosten übernehmen und die Ausbildungspauschalen aus dem Eigenanteil herauslösen. Auf Bundesebene braucht es eine solidarische Pflegevollversicherung, die die Kosten für die Finanzierung der Pflege gerecht verteilt. Zugleich müssen Konzepte für barrierefreies Wohnen, mobilisierende Pflege und die Entlastung von Angehörigen gefördert werden. Das Ziel muss es sein, dass Menschen so lange wie möglich selbstbestimmt und aktiv in den eigenen vier Wänden leben können.



SOZIALDATEN BÜNDELN – ARMUT ENTSCHLOSSEN BEKÄMPFEN

Politik wirksam und basisnah gestalten

Armutsbekämpfung erfordert mehr als gute Absichten – sie braucht präzise Informationen. Um Armut wirksam zu begegnen, braucht Politik eine belastbare Datengrundlage. Die zentrale Bündelung von Daten zu Armut in Sachsen-Anhalt schafft genau das: frühzeitiges Erkennen von Schieflagen, faktenbasierte Entscheidungsgrundlagen, Sichtbarmachen regionaler Herausforderungen. So lassen sich Strukturen wirksamer gestalten, gesellschaftliche Teilhabe rückt in den Fokus. Politik wird damit nicht nur reaktionsfähiger, sondern auch gerechter und transparent. Wer soziale Gerechtigkeit will, muss soziale Daten klug nutzen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für einen strukturierten, datenbasierten Neustart in der Armutsbekämpfung.

Rund jede*r Fünfte im Land gilt, als armutsgefährdet und muss mit weniger als 60% des mittleren Einkommens auskommen. Das bedeutet: weniger Teilhabechancen, mehr Ausgrenzungserfahrungen und immer weniger Vertrauen in gesellschaftlichen Zusammenhalt und staatliche Institutionen. Armut und ihre Folgen sind kein Randthema in Sachsen-Anhalt, sondern betrifft alle Altersgruppen und ist ein ernstes gesellschaftliches Problem.

Das Statistische Landesamt erfasst jährlich Daten zu Einkommen und Lebensbedingungen, Armutsgefährdung, sozialer Ausgrenzung und materieller Entbehrung. Auf Bundesebene liefern bspw. der Sozialbericht oder der Armuts- und Reichtumsbericht weitere Informationen. Zivilgesellschaftliche Akteure analysieren oftmals die Folgen. Beispiele hierfür sind etwa der Paritätische Armutsbericht oder die AWO-ISS-Langzeitstudie, die eindrücklich zeigt, wie eng Einkommensarmut von Familien mit den Lebenschancen der Kinder verknüpft ist.

Will man sich ein umfassendes und aktuelles Bild von Fakten, Ursachen und Folgen verschaffen, muss mühsam recherchiert und analysiert werden. Aktuelle Ereignisse und ihre kurzfristigen Folgen bleiben in den langen Zyklen der Studien und Berichte oft unberücksichtigt. Zeit, die für politisches Handeln verloren geht. Zeit, die Kindern, Alleinerziehenden und Rentner*innen verloren geht, weil sich ihre Situation verfestigt.

Wir wollen ein sozial gerechtes Sachsen-Anhalt für Alle. Unser Land wird bundesweit mit einem digitalen Sozialdatensystem zum Vorbild, das wirksame Sozialpolitik ermöglicht.



Was ist jetzt zu tun?

Systematische Armuts- und Reichtumsberichterstattung als digitales Sozialdatenportal, das Politik stärkt, Expert*innen und Bürger*innen einbindet und Vernetzung ermöglicht:

-  **Regelmäßig und verbindlich:** Mit klarem gesetzlichem Auftrag
-  **Breit getragen:** Unter Einbindung unabhängiger wissenschaftlicher Analysen sowie zivilgesellschaftlicher Akteure der Daseinsvorsorge, Betroffenenvertretungen, Gewerkschaften und anderer relevanter sozialer Organisationen bei der Festlegung von Indikatoren und der Erarbeitung von Lösungsperspektiven
-  **Nah am Menschen:** Ergänzt durch Schattenberichte, die die Lebensrealitäten Betroffener sichtbar machen und zusätzliche Perspektiven einbringen

Diese Lageanalyse macht wesentliche Kennzahlen von Armut, ihren Ursachen und Folgen transparent. Dadurch können Akteure der Daseinsvorsorge stärker an sozialplanerischen Prozessen teilnehmen und ihre Perspektiven einbringen. Ressourcen werden gebündelt, Vertrauen entsteht durch Transparenz und Bürgernähe.

Nur auf Grundlage aktueller und transparenter Daten lassen sich wirksame Maßnahmen entwickeln, Hilfen kommen dort an, wo sie gebraucht werden, soziale Infrastruktur wird passgenau ausgebaut und niemand geht verloren – egal, ob in der Stadt oder auf dem Land.

Lasst uns, durch zentrale Sozialdaten, gemeinsam die Grundlage für eine wirksame Armutsbekämpfung schaffen, die sozial gerechte politische Entscheidungen ermöglicht, Menschen und Ideen verbindet und echte Veränderungen bewirkt.



TEXTVORSCHLAG FÜR WAHLPROGRAMME

Wir werden Armut entschlossen bekämpfen. Dafür braucht es eine solide Datengrundlage, die regionale Unterschiede sichtbar macht und faktenbasierte Politik ermöglicht.

Armut darf nicht im Dunkeln bleiben. Wir schaffen die gesetzliche Grundlage für eine regelmäßige und verbindliche Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Landesregierung.

Wir setzen uns für den Aufbau eines digitalen Sozialdatenportals ein, das zentrale Informationen zu Einkommen und Vermögen, Armutsgefährdung, Lebensbedingungen und sozialer Infrastruktur bündelt. So wird Politik transparenter, wirksamer und näher an den Lebenslagen der Menschen gestaltet.

Wir wollen eine breite Beteiligung sicherstellen: Gemeinsam mit Vertreter*innen aus Wissenschaft, sozialen Organisationen, Betroffenenvertretungen, Gewerkschaften und Akteuren der Daseinsvorsorge werden wir Indikatoren festlegen und Lösungswege erarbeiten.

Armut ist mehr als eine Zahl: Wir fördern Initiativen wie Schattenberichte, die die Lebensrealitäten von Armutsbetroffenen sichtbar machen und so die Datengrundlage ergänzen sowie Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen, die die Selbstorganisation Betroffener stärken.



ZUM HINTERGRUND DER LANDESARMUTSKONFERENZ SACHSEN-ANHALT

Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht den gesellschaftlichen Skandal und die gesellschaftlichen Gefahren von Armut in einem reichen Land wie Deutschland zu verdeutlichen, Ursachen zu benennen und Vorschläge zur Bekämpfung der Armut insbesondere hier im Land Sachsen-Anhalt zu entwickeln.

Unsere Mitglieder sind in der täglichen Arbeit auf verschiedenste Weise mit den vielfältigen Herausforderungen von Menschen mit Armutserfahrungen konfrontiert, sei es in Kindertagesstätten, in der Kita- und Schulsozialarbeit, in vielfältigen Beratungsstellen, in soziokulturellen Zentren, in Betrieben und Bildungseinrichtungen, in den Tafeln, in der Altenhilfe, Pflege und vielem mehr.

Rund jede*r Fünfte im Land gilt, als armutsgefährdet und muss z.B. aufgrund geringer Erwerbseinkommen, prekärer Beschäftigung, niedriger Renten oder Transferleistungen mit weniger als 60% des mittleren Einkommens auskommen. Besonders dramatisch ist die Kinder- und Jugendarmut. Jedes vierte Kind und sogar jeder dritte junge Erwachsene sind von Armut betroffen. Menschen in besonderen Lebenslagen, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund, pflegende Angehörige und viele mehr, sind zum Teil noch weitaus stärker gefährdet. Armut und ihre Folgen sind kein Randthema in Sachsen-Anhalt, sondern betreffen alle Altersgruppen sowie Frauen stärker als Männer.

Niemand ist freiwillig arm! Strukturelle und institutionelle Rahmenbedingungen verursachen Armut und soziale Ungleichheit, diskriminieren und verhindern soziale Mobilität. Die Folgen für Menschen aller Altersgruppen sind inakzeptabel. Zugangshürden zu sozialer Sicherung bewirken, dass Menschen in Notlagen trotz Rechtsanspruch wissentlich oder unwissentlich auf dringend benötigte Leistungen verzichten – mit dramatischen Folgen für ihre Existenz und Teilhabechancen. Bildungsgerechtigkeit bleibt eine Illusion, solange Einkommensarmut von Familien weiterhin so eng mit den Lebenschancen der Kinder verknüpft ist wie in Deutschland. Tafeln verfremden zur Regelversorgung und das Alter wird zur Armutsfalle.

All diese Herausforderungen sind bekannt. Es fehlt jedoch Verständnis und Sensibilität für Menschen in Not und die vielfältigen rutschigen Pisten, die in die Armutsfalle führen können. Als Landesarmutskonferenz Sachsen-Anhalt begleiten wir sozialpolitische Maßnahmen gegen Armut auf kommunaler, Landes- und Bundesebene kritisch, beraten und unterstützen. Wir wirken als politische Initiatorin, Moderatorin und Koordinatorin. Darüber hinaus begleiten wir gesellschaftliche Debatten mit armutssensiblen Blick und bringen wann immer nötig starke soziale Positionen ein.



#GemeinsamGegenArmut



WEITER GEHT'S UNTER:

 armutskonferenz.org

 team@armutskonferenz.org